

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

der Abgeordneten Ing. Gartlehner, Mag. Gaßner, Anita Fleckl und GenossInnen

betreffend nachhaltige Katastrophenprävention in Verbindung mit effektiver Sicherheitsforschung zur Verminderung von Katastrophenschäden eingebbracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage (1065 d.B.): Hochwasseropferentschädigungs- und Wiederaufbau-Gesetz 2005 (1094 d.B)

Die Folgen der Katastrophen der letzten Jahre führen uns in regelmäßigen Abständen die Versäumnisse in der Katastrophenprävention und der Sicherheitsforschung vor Augen.

Durch Versäumnisse der ÖVP/BZÖ Bundesregierung kommt es zu einer Unterdotierung des Katastrophenschutzes. Insbesondere der Hochwasser- und Lawinenschutz leidet unter fehlenden Mitteln. Sinnvolle und notwendige Projekte werden verzögert, weil deren Finanzierung nicht geklärt ist.

Insbesondere sind die anlässlich des Hochwassers im Jahr 2002 angekündigten Mittel für Hochwasser-Präventivmaßnahmen von der Regierung nur teilweise zur Verfügung gestellt worden, sodass das Risiko künftiger Katastrophen nach wie vor hoch bleibt. Die SPÖ fordert die Finanzierung der versprochenen Präventionsmaßnahmen ein, insbesondere dort, wo bereits konkrete Hochwasser- (und auch Lawinen-) Schutzprojekte entwickelt wurden, die wissenschaftlich abgesichert sind.

Im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm soll Sicherheitsforschung ein vorrangiges Forschungsthema sein. Dennoch ist in Österreich wenig von ergänzenden und vorbereitenden Maßnahmen zu merken.

Im Jahr 2005 wurde die Bevölkerung oftmals von den Wassermassen überrascht. Es gäbe einerseits Methoden der Früherkennung von Gefahren, andererseits besteht auf diesem Feld Potenzial für die Forschung und Entwicklung. Nicht zuletzt liegen hier Chancen für die österreichische Wirtschaft und für hoch qualifizierte Arbeitsplätze.

Von der ÖVP/BZÖ Bundesregierung wird die Sicherheitsforschung nach wie vor straflich vernachlässigt und es werden konkrete Projekte nicht zügig vorangetrieben. Symptomatisch ist, dass im Projektteam des FLOODsite Projektes zur Erforschung von Hochwässern unter den renommierten Partnern aus 13 EU-Staaten keine österreichische Beteiligung zu finden ist.

Die unfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zur nachhaltigen Vermeidung von Katastrophenschäden ein Sonderprogramm mit nachfolgenden Maßnahmen zu erarbeiten und dem Nationalrat vorzulegen bzw. sofort umzusetzen:

1. Gesamtkonzepte und Projekte zum Hochwasser- und Lawinenschutz, die bereits entwickelt wurden und wissenschaftlich abgesichert sind, sind

systematisch zu erfassen, unverzüglich in ihrer Gesamtheit zu realisieren und die finanzielle Bedeckung ist dafür in den kommenden Budgets sicherzustellen.

2. Es sind Personalressourcen bereit zu stellen, die für ein Freihalten der Flussläufe von Wildbächen und die Instandhaltung von Wildbachverbauungen sorgen. Der Personalabbau im Bereich des Hochwasser- und Lawinenschutz ist zu stoppen. Die Mittel für Flusslaufsanierung durch den Bund sind aufzustocken.

3. Im Bereich der Sicherheitsforschung sind jene Felder wie Hochwasser- und Lawinenprävention zu forcieren, die für die österreichische Bevölkerung von besonderer Relevanz sind.

4. Für Regionen mit besonderer Gefährdung durch Hochwasser (etwa die Region Steyr), sind nachhaltige Gesamtkonzepte zur Hochwasserprävention zu erarbeiten. Die Ressourcen für die Ausarbeitung von Simulationsmodellen sind bereit zu stellen.

5. Die negativen Folgen der Hochwasserkatastrophe in Tirol und Vorarlberg im August 2005 hätten durch ein Niederschlagsradar auf der Valluga im Arlberggebiet gemindert werden können. Das überfällige Wetterradar auf der Valluga ist unverzüglich fertig zu stellen und seine Beobachtungen sind in geeigneter Weise den Warnzentralen, Einsatzkräften und der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

6. Durch Sparmaßnahmen im Bereich des Hochwasser- und Lawinenschutzes konnten heuer einige akute Schutzmaßnahmen in von Lawinen betroffenen Ortschaften nicht in Angriff genommen werden. Somit müssen Bürger etwa in der steirischen Gemeinde Grundlsee über den Winter mit der

Lawinenbedrohung leben. Es ist dafür zu Sorgen, dass jederzeit ausreichend Mittel für notwendige Schutzmaßnahmen zur Verfügung stehen.

Rieben

Reb

Wolff

Götzke
H. Pöhl